

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Dezember 1983

# Evangelische Verantwortung

Heft 12/1983

## „Heißer Herbst“ ? — Rückblick und Perspektive

Roman Herzog

Liebe Leser!

Wenn Sie diese Zeilen gedruckt in den Händen haben, ist der Herbst 1983 zu Ende — der Herbst 1983, der in den vergangenen Monaten so oft als „heißer Herbst“ angekündigt worden ist.

Vielleicht ist es ganz gut, rückblickend noch einmal darüber nachzudenken, ob er so, wie er wirklich abgelaufen ist, diese dramatische Bezeichnung verdient hat. Ich fürchte nämlich, wir hätten daraus ein gutes Stück zu lernen.

Was ist in den vergangenen Monaten in unserer Bundesrepublik Deutschland also wirklich geschehen?

Zunächst: Es hat heftige politische Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß und den Vollzug seines zweiten Teiles gegeben, zwischen den Befürwortern der Nachrüstung und ihren Gegnern, zwischen der „Friedensbewegung“ und den Bonner Regierungsparteien und leider auch zwischen Regierung und Opposition. Aber verdienen die Monate seit der Sommerpause deshalb die dramatische Bezeichnung „heiß“? In einer freiheitlichen Demokratie, in der das Ringen um die beste Politik zu den Lebensgesetzen gehört? Ich kann darauf nur mit einem klaren „Nein“ antworten.

Sodann: Die „Friedensbewegung“ hat eine Reihe von großen, überregionalen Demonstrationen auf die Beine gebracht. Ich lasse einmal beiseite, ob die Zahl der Teilnehmer wirklich die Hoffnungen mancher zahlenberauschter Führer zufriedengestellt hat. Wie auch immer — sind Demonstrationen noch etwas, was den deutschen Bürger so aufregen könnte, daß er von einem „heißer Herbst“ sprechen müßte? Ich glaube auch das nicht. Demonstrationen sind in einer freiheitlichen Demokratie ein selbstverständliches Mittel der politischen Werbung und Auseinandersetzung. Wenn davon Gebrauch gemacht wird, liegt das, wie man heute so schön sagt, „im System“, ist keine Störung des Systems und schon gar nicht „heiß“.

Und schließlich hat es bei diesen Demonstrationen da und dort am Rande harte Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und bewußten, fanatischen

Rechtsbrechern gegeben. Aber auch das ist für mich kein Grund, von einem „heißer Herbst“ zu sprechen. Weder kann man die ganze „Friedensbewegung“ wegen einiger solcher fellow-travellers als gewalttätig bezeichnen, noch waren die Ausschreitungen groß genug, um ihnen einen anderen Charakter zuzubilligen als den der ganz normalen Polizeiarbeit. Mit solchen Dingen, so skandalös sie sind, wird die Polizei allemal fertig, wenn man sie ihre Aufgaben nur richtig wahrnehmen läßt.

Man mag über diesen Ablauf Erleichterung empfinden, vielleicht auch Respekt vor der Besonnenheit auf allen Seiten, obwohl diese unter zivilisierten Menschen doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Aber es bleibt doch auch — jedenfalls ergeht es mir so — ein schales Gefühl wegen der irrationalen Art, wie das Schlagwort vom „heißer Herbst“ (das *ich* übrigens nicht von einem etablierten Politiker, sondern aus der „Friedensbewegung“ zum ersten Mal gehört habe) binnen ganz kurzer Zeit zum Gemeingut der öffentlichen Diskussion und darüber hinaus zur Kurzformel für eine allgemeine Erwartung geworden ist.

In einer Massendemokratie heutigen Zuschnitts ist politische Information und politische Auseinandersetzung ohne Schlagworte nicht möglich, trotz der damit verbundenen Gefahr von Verkürzungen und Verzerrungen. Dafür habe ich volles Verständnis. Aber oft bleibt es nicht dabei, sondern es kommt zu einer Vollmundigkeit um der Vollmundigkeit willen. Und hier beginnt die Sache „kriminell“ zu werden, gleichgültig ob sie von Politikern oder von Journalisten ausgeht. Denn hier geht es nicht nur um die Wahrhaftigkeit der politischen Diskussion, sondern es geht noch viel unmittelbarer um praktische Gefahren, die für alle Beteiligten aus solcher Vollmundigkeit entstehen können.

EAK-Bundestagung '84

10. bis 12. Februar in Wuppertal

Die Einladung finden Sie in der Mitte dieses Heftes.

Unnötige Verzerrungen und Übertreibungen provozieren – gerade in aufgeregten Zeiten – nicht nur den politischen Kontrahenten und stoßen nicht nur den nachdenklichen Beobachter ab, sondern sie verstellen gerade auch dem, der sie erfindet und ständig verwendet, allmählich den Blick auf die Wirklichkeit. Den aber braucht er, zumindest wenn er an irgend einer Stelle Verantwortung trägt.

Das war beispielsweise für mich der Grund, schon seit dem Frühjahr dieses Jahres vor dem Schreckensbild des „heißen Herbstes“ zu warnen und diese Vokabel möglichst überhaupt nicht zu verwenden. Sie können sich vorstellen, daß das bei den zahllosen Gesprächen, besonders Pressegesprächen, die ein Innenminister zu führen hat, nicht immer ganz einfach war.

Der Herbst 1983 ist vorbei und ist – entsprechend meiner Erwartung – nicht heiß geworden. Die gefährliche Neigung zur Vollmundigkeit aber dürfte bleiben.

Die Beispiele liegen gewissermaßen auf der Straße. Wenn Teile unseres Volkes – verständlicherweise – darüber irritiert sind, daß es mit unserer Wirtschaft und unserem Wohlstand einmal nicht mehr aufwärts geht, sondern daß beides eher stagniert, dann malen uns einige Publizisten gleich das Bild einer in Angst erstarrten Gesellschaft an die Wand. Wenn eine besonnene Finanzpolitik da und dort vorsichtige Korrekturen an staatlichen Sozialleistungen anbringt, diagnostizieren fixe Verbandsfunktionäre sogleich den Abbau des sozialen Netzes und eine bewußt betriebene Verelendungspolitik. Und ist nicht auch die Selbstverständlichkeit, mit der manche von uns einen nahe bevorstehenden Atomkrieg prophezeien, angesichts der Erfahrungen

dreier Jahrzehnte und der weltweiten Friedensbemühungen, ein Ausdruck solcher Vollmundigkeit?

Wie gesagt: Ich weiß und bestreite auch für die Zukunft nicht, daß die politische Diskussion in einer modernen Massendemokratie nicht ohne plakative Sprache auskommt und daß die Verkürzungen, die damit nun einmal verbunden sind, bis zu einem bestimmten Grad unvermeidlich sind. Ich gebe auch zu, daß manche Diskussion gewinnen kann, wenn man sie auf extreme Beispiele oder Prinzipien zurückführt. Aber dann muß doch auch wieder der Augenblick kommen, wo der Parameter der Realität in die Rechnung zurückgeführt wird. Sonst geht das Augenmaß für die wirkliche Größe der Probleme verloren. Sonst werden vielleicht Zehnerpotenzen verwechselt, und daraus kann keine gute und realistische Politik entstehen.

Im Schlagwort vom „heißen Herbst“ waren, wie ich meine, in der Tat die Zehnerpotenzen verwechselt. Freuen wir uns, daß die Verantwortlichen auf allen Seiten, auf die es ankam, in ihren Entscheidungen die richtige Größenordnung zugrundegelegt haben und nicht die, die ihnen ein vollmundiges Schlagwort hätten nahelegen können.

Ich wünsche Ihnen eine segensreiche Weihnachtszeit und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 1984.

Ihr

Roman Herzog

## Dank an Wilhelm Staudacher

Roman Herzog

Der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, hat *Wilhelm Staudacher* mit Wirkung vom 1. Oktober 1983 zum Leiter der Hauptabteilung Politik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU berufen. Zum gleichen Zeitpunkt ist Wilhelm Staudacher aus seinem bisherigen Amt als Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ausgeschieden.

Ich möchte nicht verfehlen, ihm auch an dieser Stelle zu dieser ehrenvollen und auch für den EAK wichtigen Berufung zu gratulieren. Vor allem aber gilt es, ihm für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit Dank zu sagen.

Wilhelm Staudacher wurde im Jahre 1979 als Nachfolger von Dr. Peter Egen Bundesgeschäftsführer

des EAK. Man braucht den Namen des Vorgängers nur zu nennen, um deutlich zu machen, daß es seinerzeit für den Nachfolger nicht leicht gewesen sein kann, binnen kurzer Zeit das lebensnotwendige Vertrauen und Ansehen bei den so unterschiedlichen, vor allem aber so kritischen Gesprächspartnern eines EAK-Bundesgeschäftsführers zu erlangen. Genau das aber ist Wilhelm Staudacher rasch und in einem auch für mich immer wieder erstaunenswerten Maße geglückt.

Man muß Wilhelm Staudacher aus jahrelanger, enger Zusammenarbeit kennen, um diesen Vorgang zu verstehen. Hier muß die unermüdete Einsatzbereitschaft, die ihn charakterisiert, ebenso in Rechnung gestellt werden wie die Hilfsbereitschaft, von der vor allem die

Landes-, Kreis- und Ortsverbände des EAK wie der Unionsparteien profitiert haben. Es ist an das außerordentliche organisatorische Können nicht weniger zu erinnern als an das große politische und historische Wissen, das ihn auszeichnet. Es ist die Detailkenntnis kirchlicher Verhältnisse und Vorgänge zu nennen, ohne die ein Geschäftsführer des EAK nicht bestehen kann. Es ist von dem wachsenden Einfühlungsvermögen in theologische Diskussionen zu sprechen, das Staudacher mehr und mehr auch zum gern gesehenen Gesprächspartner von Theologen machte. Nicht zuletzt aber mag von Gewicht gewesen sein, daß man in ihm stets einen Partner hatte, der, ohne allzu früh festgelegt zu sein, doch immer auch wußte, was

er wollte. Das erleichtert fast jede Verhandlung.

In Staudachers Amtszeit fielen wichtige innere und äußere Entwicklungen, die an der Arbeit des EAK nicht vorübergegangen sind.

Er hatte – und nicht nur von der organisatorischen Seite – eine der Hauptbelastungen aus der sogenannten Friedensdiskussion zu tragen, die, was bei dieser Gelegenheit einmal deutlich gesagt werden soll, dem EAK nicht nur eine Fülle neuer Orts- und Kreisverbände (mit den sich daraus ergebenden organisatorischen Aufgaben), sondern auch ein völlig neues Arbeitsfeld innerhalb von CDU und CSU und damit auch zusätzliches Ansehen einbrachte. Hand in Hand damit gingen neue, engere Kontakte zu den Landes- und Kreisgeschäftsstellen der beiden Unionsparteien, die zum Teil erst völlig neu geknüpft werden mußten.

Zu organisieren waren die Bundes-, Landes- und Regionaltagungen des EAK, vor allem die Bundestagungen im Juni 1980 in Wolfsburg („Für den Frieden – aus christlicher Verantwortung“) und im Mai 1982 in Mainz („Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“). Dazu kamen die von Peter Egen aufgenommenen und von Wilhelm Staudacher weitergeführten Regionalgespräche wie die Schloß Burger Gespräche, die Simmerner Gespräche, die Eßlinger Gespräche usw. Unsere Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ war neu zu strukturieren und den veränderten Bedürfnissen anzupassen. Einzelschriften, vor allem auch die so sehr geglückte Schrift zum Lutherjahr 1983, waren zustande zu bringen. Die neu entstandenen, monatlich an 14 000 evangelische Pfarrer versandten „Pfarrerbriefe“ waren, jedenfalls organisatorisch, zu be-

treuen, und ich bilde mir nicht ein, daß damit die Fülle der Arbeiten, die der EAK-Bundesgeschäftsführer mit seinem kleinen Team zu bewältigen hat, vollständig beschrieben ist.

Wie auch immer – der EAK und vor allem sein Bundesvorsitzender bedanken sich bei Wilhelm Staudacher in aller Form für die von ihm geleistete Arbeit. Sie beglückwünschen ihn zu seinen Erfolgen und nicht zuletzt zu der ehrenvollen Berufung in die höheren Ränge des Konrad-Adenauer-Hauses.

Für die CDU ist es gut und für den EAK zumindest nicht schlecht, daß Wilhelm Staudacher dorthin aufgestiegen ist. Die CDU hat einen exzellenten Hauptabteilungsleiter gewonnen. Der EAK, der einen nicht minder exzellenten Bundesgeschäftsführer verliert, gewinnt dort einen wichtigen Ansprechpartner.

## Einladung zum Dialog

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Barmer Theologischen Erklärung und als Impuls einer weithin beachteten Fachkonferenz unter dem Thema „Kirche und Wirklichkeit – Wirklichkeit und

Kirche“ richtet die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung fünf Fragen an die Kirchen und Christen in unserer Gesellschaft.

darf sich Verkündigung nicht von Opportunitätsgesichtspunkten leiten lassen.

## Christliche Existenz heute

### Anfragen aus politischer Verantwortung

Von Streit und Meinungsverschiedenheiten über weltliche und Glaubensfragen sind auch die Christen durch die Jahrhunderte hindurch nicht verschont geblieben. Trotz des bis heute gültigen und von allen Konfessionen anerkannten Glaubensbekenntnisses von Nicäa (325 n. Chr.) hat es Kirchenspaltungen gegeben, und die Einheit der Christen ist auch im Zeitalter der Ökumene immer wieder bedroht. Dennoch: Es gibt das gemeinsame Glaubensbekenntnis!

Ein solches Fundament ermöglicht indessen keine Entscheidung in weltlichen Sachfragen. Auch Christen müssen in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen miteinander um den besten Weg ringen. Bischofskonferenzen

und Synoden beider Kirchen in unserem Lande können zwar Autorität beanspruchen, aber keine Unfehlbarkeit. Ihre Aussagen zu weltlichen Fragen dienen der Orientierung der Christen. Sie lösen aber stets auch Widerspruch aus. Auf dem weltlichen Feld sind die Kirchen umstritten und angreifbare Sprecher fehlbarer Positionen. Auch stehen sie immer in der Gefahr, von weltlichen Parteien für deren politische Zwecke in Anspruch genommen zu werden.

In der Diskussion um die Nachrüstung ist diese Gefahr offenkundig geworden. Zwar ist es Recht und Pflicht der Kirchen, über den Frieden öffentlich ihr Zeugnis aus dem Glauben abzulegen. Solche Meinungen sind nicht bequem, doch

Dagegen überschreitet die Kirche die Grenzen ihres Auftrages und ihrer Kompetenz, wenn sie in die politische Fachdiskussion über die konkrete Realisierung des Friedensauftrages eingreift. Besonders bedenklich ist es, wenn die Kirche zuläßt, daß ihre Autorität in religiösen Belangen dazu mißbraucht wird, Teilnehmer an einer politischen Debatte moralisch zu diskreditieren und die Integrität ihres Glaubens zu bestreiten.

Vor 50 Jahren führte die Barmer Theologische Erklärung aus:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen“ (These 3).

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem

Organ des Staates werden“ (The-se 5).

Diese Aussagen werden im Grundsatz auch heute von den beiden großen Konfessionen getragen.

Eine Erinnerung an Barmen tut not!

Auch Theologen dürfen sich als Staatsbürger politisch engagieren. Sie dürfen indes ihre persönliche Stellungnahme nicht zum Inhalt ihrer kirchlichen Verkündigung machen. Sonst entsteht eine Gefährdung des Auftrages der Kirchen, die uns zutiefst beunruhigt. Wir richten darum, getragen von unserer politischen Verantwortung, die folgenden Fragen an alle Christen in unserer Gesellschaft, insbesondere an die Kirchen, in der Hoffnung, daß – trotz aller Gegensätzlichkeit politischer Auffassungen – die gemeinsame Grundlage unseres Glaubens sichtbar bleibt. Die Kirche kann eine Orientierung in der Welt und für den Dienst an der Welt unseres Erachtens nur leisten, wenn sie bei ihrem Auftrag bleibt. Nur so kann sie vor allem auch dem Christen in der Politik die Stärkung geben, derer er für seinen verantwortlichen Dienst bedarf.

### 1. Wirklichkeitsbewältigung durch Wirklichkeitsverweigerung?

Nach christlicher Lehre leben wir Menschen in einer gefallenen Welt. Die katholische Kirche spricht von der Erbsünde, die evangelische von der gebrochenen Natur des Menschen. Christsein in dieser Welt bedeutet daher das Leben und Aushalten von Spannungen: zwischen Gesetz und Evangelium, In-der-Welt-sein und Eschatologie, Nüchternheit und Hoffnung, Sünde und Erlösung, Tod und Auferstehung, Gnade und Gericht, Schon und Noch-Nicht. Der Nichtchrist erlebt all dies als die Unvollkommenheit der Welt. Sie bedeutet, daß alles menschliche Handeln vorläufig und begrenzt ist. Das Reich Gottes ragt wohl für den Glaubenden in Christus in diese Welt hinein, wirft Licht in unsere Dunkelheit, aber es kann nicht durch menschliches Handeln vollendet werden. Diese Auffassung wird auch von Teilen der christlich motivierten Friedensbewegung mitgetragen. Heute werden aber – ohne exegetische Gewissenhaftigkeit, unter Verwerfung kirchlicher Traditionen, ohne Berücksichtigung

historischer Erfahrungen und unter Vernachlässigung der biblischen Sicht der Menschen – Teile der Botschaft verabsolutiert und suggeriert, man könne durch einseitiges Friedenshandeln die Welt neu gestalten. Damit verbindet sich nicht selten die Überzeugung, daß mit den Atomwaffen das Böse eine besondere Gestalt in der Welt gefunden habe, mithin durch ihre Ächtung auch der Sünde widerstanden und die Hölle auf Erden gebannt werden könne. Verwechselt ein solches Denken nicht Ursache und Wirkung? Inwieweit ist eine solche Position theologisch vertretbar? Wird dadurch nicht das Böse in uns und in der Welt relativiert? Muß die Kirche solchen Verkürzungen nicht mit dem *ganzen* Evangelium entgegentreten? Verweigert sie sich nicht der harten Wirklichkeit, wenn sie es nicht tut, und leistet damit auch dem Wirklichkeitsverlust in der Gesellschaft Vorschub?

### 2. Friede durch Friedfertigkeit?

Die Verkündigung des Evangeliums schließt den Ruf zu Umkehr und Buße ein, und der Glaube kann auch Leiden und Dulden *um des Glaubens willen* bedeuten, ja selbst das Martyrium. Der Friede aus dem Glauben ist dementsprechend nicht von dieser Welt (cf. Joh. 14,27), und Waffen sind zur Verteidigung oder Verbreitung des Glaubens ungeeignet, auch wenn der Kirche Jesu Christi diese Einsicht jahrhundertlang verschlossen blieb. Es ist anerkennenswert, wenn dieser Erkenntnis heute ein besonderes Gewicht beigemessen wird. In der Friedensdiskussion geht es jedoch weder vorrangig um das Evangelium noch um die Glaubensfreiheit, sondern um Fragen, politisch-militärischer Koexistenz und das Überleben im Atomzeitalter, also um Leben in Freiheit oder Knechtschaft in dieser Welt. Das sind zwei verschiedene Ebenen, ihre Gleichsetzung läßt sich auch nicht durch das christliche Liebesgebot begründen. Politische Selbstaufgabe und Wehrlosigkeit sind keine allgemeine Christenpflicht. Und ein dem Glauben verpflichtetes Martyrium kann nicht politisch für alle Bürger eines Landes verbindlich gemacht werden. Ist deswegen nicht der mit religiösen Motiven begründete einseitige Verzicht auf Waffen im zwischenstaatlichen Verhältnis (un-

ter verfehltm Bezug auf die Bergpredigt) der untaugliche Versuch, allein dem Glaubenden mögliche und gegebenenfalls verpflichtende Haltungen auf die Welt zu übertragen und für sie verbindlich zu machen?

### 3. Apokalyptische Hysterie oder gläubige Gelassenheit?

Es ist modern geworden, Angst zu bezeugen und damit zu erzeugen, auch in kirchlichen Kreisen. Evangelium bedeutet aber: frohe Botschaft, bedeutet Vertrauen und Hoffnung: „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“ (Joh. 16,33). Dieser Charakter des Wortes verändert sich auch nicht in einer Situation, in der Waffen vorhanden sind, deren Einsatz die Selbstzerstörung eines großen Teils der Menschheit herbeiführen kann.

Eine Kirche, deren Fundament diese Überzeugung ist, brauchte die Augen vor der Realität der Kriege in unserer Welt nicht zu verschließen und auch die Möglichkeit eines Atomkrieges nicht einfach zu verdrängen. Wird aber heute nicht zuwenig der befreiende, angstlösende und verheißende Kern des Evangeliums gepredigt, und ist eine propagierte Mutlosigkeit nicht Kleinglaube, Absage an das Evangelium? Muß nicht die Kirche die Zukunft des Menschen auch im Falle eines Krieges mitbedenken? Oder löscht ein möglicher dritter Weltkrieg auch das Evangelium aus?

### 4. Widerstand gegen demokratisch legitimierte Entscheidungen?

Die christliche Staatsvorstellung betrachtet den Staat als „von Gott verordnet“ und schreibt ihm eine sittliche Aufgabe in einer Welt zu, in der Zusammenleben durch Machtgebrauch geregelt werden muß. Aus dieser grundsätzlichen Auffassung kann keine Staats- und Regierungsform theologisch legitimiert werden, auch die demokratische nicht, wenngleich diese auch nicht ausgeschlossen wird. Denn es ist nicht zu begründen, warum unser freiheitlicher Rechtsstaat den Kriterien sittlichen Handelns widersprechen sollte. Nur dies könnte kirchlich motivierten Widerstand gegebenenfalls rechtfertigen. Wie legitimieren daher kirchliche Kreise

das heute zum Teil bewußt verbreitete Fundamentalmißtrauen und ein Widerstandsrecht gegen Entscheidungsprozesse einer demokratisch legitimierten Regierung („Der Friede ist viel zu wichtig, als daß man ihn den Politikern überlassen könnte“), anstatt auf Vertrauen hinzuarbeiten? Der richtige Weg in der Rüstungsfrage ist in seinen Konsequenzen für niemanden durchschaubar; das gilt ganz allgemein für jedes politische Handeln. Darum sind auch Politiker allein ihrem Gewissen verpflichtet, und Gewissen ist nicht genormt. Mit welchen theologischen Argumenten ist daher ein solches Mißtrauen gegenüber demokratisch legitimiertem Regierungshandeln von der kommunalen bis zur nationalen und internationalen Ebene zu rechtfertigen?

#### 5. *Gemeinde Christi: Selbsterstörung durch Parteilichkeit?*

Seit der Aufklärung hat eine fortschreitende grundsätzliche Trennung zwischen Religion und Politik eingesetzt, auch wenn — nicht zuletzt in Deutschland — des öfteren unheilvolle Grenzüberschreitungen zu beobachten waren. Durch diese Trennung wurde der politische zu einem Sachbereich mit eigenen Entscheidungs- und Legitimationsformen, auf den die Kirche *nur* im Sinne ihres allgemeinen Verkündigungsauftrages einwirken kann. Zu konkreten politischen Fragen kann sie keine kompetente, verbindliche und theologisch ableitbare Antwort geben, wie völlig gegensätzliche kirchliche Erklärungen zur Nachrüstung belegen. Von welcher Grundlage bezieht die

Kirche daher ihr Mandat, wenn sie — bis hin zum status confessionis — in politischen Alternativen diese oder jene Entscheidung als *die* christliche ausgibt? Führt nicht einerseits das Hineintragen des politischen Unfriedens in die Gemeinde notwendig zu ihrer Auflösung bis hin zu ihrer Zerstörung? Bedeutet nicht andererseits dieser Trend zu einer sakralisierenden Legitimationsstrategie von Politik einen Rückschritt hinter die durch die Aufklärung gewonnene Versachlichung von Politik?

#### Stellungnahmen erbeten an:

Klaus Weigelt  
Politische Akademie  
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Postfach 13 65  
5047 Wesseling

## Fünf Jahre Evangelischer Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei

Unter dem Vorsitz des Linzer Nationalratsabgeordneten, Kommerzialrat Kurt Landgraf, hat sich vor fünf Jahren der EAK der ÖVP wieder gebildet, nachdem ein erster Versuch dazu schon Mitte der sechziger Jahre gestartet worden war.

Mit dem Bundesgeschäftsführer des EAK der Österreichischen Volkspartei, Herrn Mag. iur. et theol. Robert Kauer — Gemeinderat und Landtagsabgeordneter von Wien — führte die Evangelische Verantwortung das nachfolgende Gespräch:

EV.: In diesen Tagen ist es 5 Jahre her, daß der Evangelische Arbeitskreis der Volkspartei (EAK) sich neu konstituiert hat. Ist damit zu den verschiedenen Gruppierungen, die sich auch als Lobby verstehen, nun noch eine evangelische gekommen?

K.: Der EAK ist etwas ganz anderes, nämlich ein Raum, in dem Evangelische, die im politischen Bereich Verantwortung übernommen haben, zusammenkommen, ihre Erfahrungen austauschen können und wo Information angeboten wird, die zur Erarbeitung einer eigenen und eigenständigen Position helfen kann.

EV.: Wie sieht das konkret aus?

K.: Zur heute so aktuellen Friedensdiskussion etwa haben wir im Evangelischen Club Wien schon im Frühjahr 1982 die verschiedensten Positionen zu Wort kommen lassen. Der Sozialist Paul Blau hat dazu ebenso Stellung genommen wie der lutherische Bischof Sakrauski, Chefredakteur Adalbert Krims oder der Leiter der Evangelischen Akademie Wien Ulrich Trinks. Und als Material haben wir die höchst beachtenswerte Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Frieden wahren, fördern und erneuern“ angeboten und weitergegeben. Das zeigt eine weitere wesentliche Funktion des EAK, nämlich die, das Gespräch zwischen Politik und Kirche in einem informellen und offenen Rahmen zu ermöglichen.

EV.: Die ACUS (Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus) versucht ähnliches, wo liegt der Unterschied?

K.: Schon aus der Bezeichnung wird das Selbstverständnis und damit

der Unterschied klar. ACUS versucht die Kooperation von Vertretern zweier unterschiedener ideologischer Systeme zustande zu bringen, der EAK will evangelischen

## Aus dem Inhalt

„Heißer Herbst“ Rückblick und Perspektive	1
Roman Herzog	
Dank an Wilhelm Staudacher	2
Roman Herzog	
Einladung zum Dialog:	3
Christliche Existenz heute	
Anfragen aus politischer Verantwortung	
Fünf Jahre Evangelischer Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei	5
Programm der 26. EAK-Bundestagung	7
Die Nachrüstung im Lichte christlicher und moralischer Verantwortung	11
Hans-Martin Pawlowski	
Buchbesprechungen	15
Aus unserer Arbeit	16

Christen, die politisch interessiert sind, Kommunikation und Information anbieten, auch so, daß zu einzelnen für die Politik aktuellen Problemen die Fragen von der evangelischen Theologie hergestellt und diskutiert werden. Als Beispiele darf ich auf den Beitrag von Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Dantine † „Die Stadt als Ort der Bewährung“ oder von Univ. Prof. Dr. Günther Altner über „Anders leben – aber wie?“ bei Jahrestagungen des EAK hinweisen. Wir haben den EAK im Frühjahr 1977 nicht zuletzt deshalb wiedererrichtet, weil Kommunikation und Information für uns als Evangelische in einer Minderheits-situation viel schwieriger ist.

EV.: Hat es dabei Widerstände oder Schwierigkeiten gegeben?

K.: Widerstände überhaupt keine, im Gegenteil: Vom ersten Tag an hat die Bundesparteileitung und haben die Landesparteileitungen der ÖVP dieses Unternehmen nicht nur begrüßt, sondern auch in jeder Weise unterstützt. Die Obmänner Dr. Taus und Dr. Mock haben bei allen Gelegenheiten darauf hingewiesen, wie wichtig ihnen und der ganzen Partei dieser EAK ist und die Generalsekretäre Dr. Lanner und Dr. Graff haben jede mögliche Unterstützung gegeben.

EV.: Also keine Schwierigkeiten?

K.: Von der Führung der Volkspartei her überhaupt nicht, weder im Bund, noch in den Ländern. Aber es wäre natürlich töricht zu sagen, daß es überhaupt keine Schwierigkeiten gegeben hat oder gibt. Ein Problem ergibt sich aus der schmalen personellen Situation, in der eine Minderheitskirche ist. So ist es zwar in Wien möglich gewesen, eine kontinuierliche Arbeit über den „Evangelischen Club Wien“ aufzubauen und Ansätze dazu in Linz und in Salzburg zu schaffen, andernorts, etwa in der Steiermark oder in Kärnten war das bis heute nicht möglich. Eine andere Schwierigkeit liegt darin, daß für viele Menschen, die diese Zeit erlebt haben, die historische Situation der dreißiger Jahre immer noch eine bestimmende Erinnerung ist, die also unglaublich sensibel auf alles reagieren, was nach politischem Katholizismus klingt, auch wenn das weder hinter einer Formu-

lierung steckt, noch der Autor so gemeint hat.

EV.: Zum Beispiel?

K.: Als Mitte Mai 1966 der damalige Bundeskanzler Dr. Klaus bei einem Empfang im Stift Melk die Teilnehmer einer europäischen Konferenz für das Laienapostolat mit den Worten begrüßte: „Ich freue mich, Sie namens einer katholischen Regierung begrüßen zu dürfen“, ging das wie ein Lauffeuer durch weite Kreise der Evangelischen in Österreich, die damals eben erst gegründete „Evangelische Arbeitsgemeinschaft der ÖVP“ entschlief nicht zuletzt deshalb schon im folgenden Jahr. Und viele Evangelischen gingen deutlich auf Distanz. Aber es gibt natürlich auch Gegenbeispiele wie die Reaktion auf den Beschluß des Obmanns des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien nach den Wahlen vom 8. Oktober 1978. Als Präsident Fritz Hahn damals feststellte, daß nun fünf seiner Klubmitglieder evangelisch waren und rasch entschlossen, statt zur bisher üblichen Messe für den Morgen der konstituierenden Sitzung von Landtag und Gemeinderat am 13. November 1978 zu einem ökumenischen Wortgottesdienst einlud, wurde das tatsächlich innerhalb von Stunden im evangelischen Wien geradezu als Signal einer neuen Haltung registriert und begrüßt. Beide Reaktionen zeigen, wie sehr sensibilisiert immer noch viele Evangelische reagieren. Und leider – auch das muß gesagt werden – gibt es da und dort tatsächlich noch Vorbehalte gegenüber Evangelischen und Schwierigkeiten für sie, etwa in der beruflichen Laufbahn. Auch hier muß man aber gleich dazusagen, daß die politisch Verantwortlichen, konkret also etwa der zuständige Landeshauptmann sofort korrigierend eingegriffen haben, sobald ihnen ein Fall bekanntgeworden ist.

EV.: In Salzburg und in Wien hat der EAK heuer vor den Wahlen evangelische Kandidaten für den Nationalrat, bzw. den Wiener Landtag und Gemeinderat präsentiert, warum?

K.: Der Grund ist einfach der, daß Fakten viel überzeugender sind als Worte, überhaupt jetzt nach dreizehn Jahren Wortinflation. Fakten, das sind in diesem Falle

Persönlichkeiten wie die Abgeordneten Komm. Rat Kurt Landgraf, Dkfm. Dr. Günter Stummvoll oder Stadtrat Dr. Jörg Mauthe.

EV.: Politik ist ein hartes Geschäft, deshalb eine harte Frage: Hat sich das ausgezahlt?

K.: Ja. Schon 1978 konnten wir feststellen und Auswertungen der Wahlen vom 24. April 1983 scheinen das zu bestätigen, daß in Testsprenkel mit überproportionalem evangelischen Bevölkerungsanteil eine überproportionale Wählerbewegung vor allem von der FPÖ zur ÖVP erfolgt ist. Auch wenn es sich dabei um keine Völkerwanderung handelt, so scheinen diese Daten doch den Abbau historischer Ressentiments und den Erfolg einer fünf Jahre hindurch konsequent betriebenen Arbeit zu zeigen.

EV.: Am Schluß die Frage nach den Zukunftsplänen?

K.: Wir wollen in nächster Zeit vor allem die Anregungs- und Informationsfunktion des EAK stärker betonen und haben dazu den neuen lutherischen Bischof Mag. Dieter Knall, die bekannten deutschen evangelischen Theologen und Publizisten Eberhard Stammler und Reinhard Henkys ebenso gewinnen können wie den Historiker und Theologen Heiko Oberman, der ein viel beachtetes Buch über Luther als „Mensch zwischen Gott und Teufel“ vorgelegt hat. Ein aktuelles Thema der praktischen Politik ist die bekannte Problematik der Klassenschülerzahlen für den evangelischen Religionsunterricht, die Zahl der vom Staat bezahlten Religionsunterrichtsstunden geht bedingt durch die geburtenschwächeren Jahrgänge rapide zurück, was für Kirchen in einer Minoritätssituation eine außerordentliche Erschwernis, um nicht zu sagen Benachteiligung bedeutet. Hier werden unsere Nationalratsabgeordneten versuchen, die rigide Position der Unterrichtsverwaltung mit Argumenten zu überwinden.

Der Evangelische Club Wien wird weitergeführt und wir hoffen sehr, daß es in absehbarer Zeit gelingt, auch in anderen Zentren zu einer kontinuierlichen Form der Arbeit zu kommen, wir werden uns jedenfalls sehr darum bemühen.

EV.: Wir gratulieren herzlich!

# Die Nachrüstung im Lichte christlicher und moralischer Verantwortung

Hans-Martin Pawlowski

**Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, Vorsitzender des EAK der CDU in Baden, setzt sich im folgenden Artikel mit der Verantwortung des Christen in der Politik im allgemeinen und christlichen Aspekten der Nachrüstung im besonderen auseinander. Er kommt dabei zu dem Schluß: „Wer auf dem Weg zu – weltlichem – Frieden fortschreiten will, wird an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festhalten, um auf dem Weg zu einer vertraglichen Friedensordnung voranzukommen – aus moralischer und christlicher Verantwortung.“**

1. Zunächst einige Vorbemerkungen zur „christlichen Verantwortung“ in der Politik, die deutlich machen sollen, was Maßstab für christliche und moralische Verantwortung ist. Man hat – wie Sie wissen – der CDU nicht selten vorgeworfen, daß sie mit ihrem „C“ gewissermaßen einen Alleinvertretungsanspruch für „christliche Politik“ beanspruche. Dieser Vorwurf ist heute verstummt; jedermann sieht nämlich jetzt, wie sich Menschen verhalten, die einen derartigen „Alleinvertretungsanspruch“ erheben und die christliche Botschaft für ihre persönliche politische Entscheidung in Anspruch nehmen. Ich will hier dahinstehen lassen, ob man ernsthaft mit Leuten diskutieren kann, die sich in Fragen der Verteidigung und Abrüstung auf die Bergpredigt berufen, diese aber bei den Fragen der Ehe- und Scheidungsgesetzgebung oder der Abtreibung außer acht lassen. Es besteht aber dennoch Anlaß zu verdeutlichen, was christliche Verantwortung in der Politik bedeutet – und zwar auch und gerade in der Verteidigungs- und Abrüstungspolitik.

Christliche Verantwortung in der Politik heißt zunächst einmal ganz allgemein, daß der Politiker, der sich auf sie einläßt, antworten muß, wenn man ihn von der christlichen Botschaft her auf seine Politik anspricht. Das „C“ wird daher in der CDU zu Recht immer als Übernahme einer besonderen Verpflich-

tung betrachtet. Will man diese sehr allgemeine Feststellung präzisieren, bietet das Problem des – weltlichen – Friedens ein gutes Beispiel. Denn in den Evangelien verkünden die Engel schon bei der Geburt Christi „Frieden auf Erden“. Die Botschaft Christi ist nicht zuletzt eine Friedensbotschaft. Der christlichen Politiker muß daher darauf antworten, ob sein Handeln dem Frieden dient. Nun wissen wir, daß diese „Rechtfertigung“ nie gelingen wird: Was auch der Politiker (wie jeder Mensch) darauf tun und antworten, worauf er sich auch berufen mag. Unsere Rechtfertigung kommt aus der Vergebung – aus der Gnade Gottes. Dies aber entbindet uns – und den Politiker – nicht davon, uns mit allem, was wir haben und können, für den Frieden einzusetzen. Der Christ darf sich von niemandem in seinem Bemühen um den Frieden übertreffen lassen.

2. Der „Dienst für den Frieden“ führt zunächst in die Gemeinde – in die Kirche. Diese ist das „Salz der Erde“ oder das „Licht auf dem Berge“, das der Welt den Weg zum Frieden weist: indem sie ein Beispiel, ein Bild des Friedens bietet. Sie wissen alle, daß hier unsere Gemeinden und Kirchen gerade heute viel zu wünschen übrig lassen. Es bereitet schon Schmerzen, daß gerade die „Friedensfrage“ Unfrieden in die Gemeinden hineingetragen hat – daß sogar Kirchenspaltungen drohen. Wir sollten darin ein Zeichen sehen, daß Gott auch seine Kirche richtet. Wir dürfen aber auch bezeugen, daß wir in unseren Kirchen und in der Ökumene neben dem Unfrieden auch Beispiele des Friedens erleben. Ich erinnere an die Leuenberger Konkordie oder die Lima-Papiere. Nur: Die Kirche – die Gemeinde – hat auch wenn und soweit sie Licht auf dem Berge ist, das den Weg zum Frieden weist, nicht die Verheißung, daß dies zu weltlichem Frieden führt. Denn der Weg der Gemeinde ist der Weg in die Nachfolge des Gekreuzigten. In Seiner

Nachfolge ist die Kirche hier nicht *ecclesia triumphans* – triumphierende, herrschende Kirche – sondern leidende Kirche. Wir wissen aus der Kirchengeschichte, daß jeder Versuch, von diesem Wege abzuweichen, und der Welt das Gesetz der Kirche aufzuerlegen – das Reich Gottes auf Erden zu errichten – zu Blut und Tränen führt. Die Kirche und die Gemeinde bleiben nur in der Nachfolge, wenn sie dem gekreuzigten Christus folgen.

Das scheint es zunächst auszuschließen, daß ein Christ an der Politik – und damit am Staat – teilnimmt. Und ich möchte nachdrücklich feststellen, daß es viele Menschen gegeben hat und gibt, die nur zur Verkündigung berufen sind. Es muß sich nicht jeder Christ um die Politik kümmern, wie man heute nicht selten hört. So hat z. B. die Urgemeinde dem Staat keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, schon weil sie in den damaligen Verhältnissen kaum Gelegenheit hatte, auf die Politik einzuwirken. Andererseits hat aber auch die Urgemeinde die Mitwirkung am Staat nicht ausgeschlossen: Jesus heilt den Knecht des Hauptmanns von Kapernaum, ohne ihn aufzufordern, seinen Beruf aufzugeben. Er kehrte bei dem Zöllner Zachäus ein, der zwar denen Genugtuung gab, die er geschädigt hatte, der aber in seinem Beruf blieb. – Zur Kontrolle: Der „großen Sünderin“ sagt Er: „sündige hinfort nicht mehr“. Aus der Kirchengeschichte wissen wir auch, daß der Gemeinde immer auch Soldaten angehörten – wenn man auch darüber diskutiert hat, ob dies möglich wäre. Wir können also festhalten, daß es dem Christen möglich ist, im Staate zu arbeiten – wobei zunächst dieser Arbeit im Staat die gleiche Bedeutung zukommt, wie jeder Arbeit in der Welt.

Daraus ergibt sich einmal, daß für diese Arbeit eine Reihe eigener Gesetze gelten: Das Wort Gottes lehrt weder, wie man als Bauer,

Arzt oder Kaufmann nach den jeweiligen Kenntnissen und Anforderungen richtig arbeitet, noch wie man den Staat „richtig“ einrichtet. Es verweist in dieser Hinsicht nur auf das „Besser-machen“: „Wenn eure Gerechtigkeit nicht besser ist, als die der Pharisäer und Schriftgelehrten“ lesen wir unter anderem. Das weist darauf hin, daß die Arbeit in der Welt für den Christen auch theologische Bedeutung hat – nämlich moraltheologische Bedeutung: Luther hat davon gesprochen, daß Mist-Fahren vernünftiger Gottesdienst sei. Und das gilt auch für die politische Betätigung. Grundlage der Arbeit in der Welt ist das Liebesgebot. Man soll arbeiten, um dem Nächsten helfen zu können – oder besser: Wir wollen aus diesem Grunde arbeiten. Wir arbeiten nicht, um unseren guten Willen zu beweisen (und uns damit zu rechtfertigen), sondern um Dank zu opfern. Daher müssen wir uns auch um eine sachlich richtige – effiziente – Art der Arbeit bemühen. Denn wer etwas opfern oder schenken will, weil er selbst ein großes Geschenk erhalten hat, will sein Bestes geben. Wer daher heilen will, ohne sich um die Kenntnisse in der Heilkunst (der Medizin) zu bemühen die heute verfügbar sind, beruft sich zu Unrecht auf das Liebesgebot. Es geht nicht nur um unseren guten Willen, sondern um unseren Dienst, für den wir uns mit unserer ganzen Person einsetzen – mit unserem Herzen und unserem Verstand und mit unseren Erfahrungen: Wer heilen oder Politik betreiben will, ohne sich an dem gesammelten Schatz unserer Erfahrungen zu orientieren – nur aus gutem Willen und nach seinem guten Willen – folgt damit nicht dem Liebesgebot.

Lassen Sie mich hier schon bemerken, daß sich von daher eine Reihe von Argumenten als falsch erweisen, die heute immer wieder vorgebracht werden: So behauptet man z. B. vielfach, daß es unchristlich sei, in der Verteidigungspolitik auf „Abschreckung“ zu setzen. Der Christ müsse vielmehr anderen einen „Vertrauensvorschuß“ geben usw. Diese Argumente verweisen aber nur auf den „guten Willen“ (auf die Selbstrechtfertigung) und nicht auf unsere Erfahrungen. Diese Erfahrungen zeigen vielmehr ganz eindeutig, daß bei der Bewältigung der Aufgabe, menschliches Leben durch staatliche Organisa-

tion zu bewahren – und die Lebensbedingungen zu verbessern – die Organisation von Macht und Gegenmacht ein geeignetes Mittel ist – auch um den inneren Frieden zu bewahren. Wir setzen z. B. in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf das Gegeneinander und Gegenüber von Gewerkschaften und Arbeitgebern; wir versuchen, die einseitige Herrschaft von Kartellen zu verhindern usw. So wie es für den Christen bei privaten Beleidigungen und Angriffen geboten ist, zu verzeihen – nicht einmal, oder siebenmal, sondern siebenundsiebzigmal – so wäre es für den Richter (und auch den christlichen Richter) verantwortungslos, z. B. einem Angeklagten, der Kinder gequält oder Frauen vergewaltigt hat, zu verzeihen. Schon der Apostel Paulus hat hervorgehoben, daß die Obrigkeit das Schwert in Gottes Auftrag führt – auch wenn sie es nicht weiß, da sie an andere Götter glaubt. Und Luther hat dies dahin verdeutlicht, daß die Obrigkeit mit dem Gebrauch des Schwertes bei der Strafe dem Liebesgebot folgt. Dasselbe gilt für den Politiker – der heute dankbar hinnehmen wird, daß er in der Innenpolitik nicht das Schwert, sondern Gefängnis und Geldstrafen benutzen kann und muß (was das Gewissen schon genügend belasten kann). In diesen Zusammenhang gehört auch das Argument, daß man sich zwar noch mit konventionellen Waffen verteidigen dürfe, nicht aber mit Atomwaffen – auf das ich aber näher im Zusammenhang der Verteidigungspolitik eingehen will.

Zunächst zurück zur christlichen Verantwortung in der Politik: Ich hatte gesagt, daß maßgebend für die Arbeit im Staat das Liebesgebot ist. Wir haben uns angewöhnt, in dieser Hinsicht von „politischer Diakonie“ zu sprechen. Und von hier aus ergibt sich in unseren Verhältnissen sogar ein gewisser Appell an den Christen, an der Arbeit im Staat teilzunehmen, soweit es in seinen Kräften und Fähigkeiten liegt. Denn die gesetzliche Einrichtung der Sozialhilfe vermag den Bedürftigen anders und besser zu helfen, als das private Almosen. Wir können daher als evangelische Christen stolz darauf sein, daß die Ursprünge dieser Art Sozialpolitik in der Reformation liegen. Wenn man damit also sagen kann, daß ein Christ heute eher zum Politiker „berufen“ sein wird, als es im rö-

mischen Reich oder in der Zeit des Absolutismus der Fall war, so ändert dies doch nichts daran, daß sich diese Arbeit in der Politik an den heutigen weltlichen Erkenntnissen und Erfahrungen ausrichten muß, wenn sie erfolgreich sein soll. Die Ziele dieser Politik gründen zwar für den Christen im Liebesgebot – sie sind aber im übrigen unstrittig: Es gilt zunächst, Leben zu bewahren – was für den Christen heißt, Zeit für Predigt und Bekehrung zu gewinnen. Und es geht darum, die Lebensbedingungen zu verbessern: den Bedürftigen zu helfen.

3. Lassen Sie mich jetzt zur Verteidigungspolitik kommen und hier insbesondere zu der Frage der „Nachrüstung“ und „Abrüstung“. Auch hier muß es zunächst darum gehen, das Sachproblem zu skizzieren, um von daher Entscheidungskriterien zu gewinnen. Blinder Eifer und guter Willen schaden hier noch mehr als z. B. bei der Sozialpolitik, weil es bei der Verteidigungspolitik um die Bewahrung des Lebens geht und nicht „nur“ um die Verbesserung der Lebensverhältnisse.

Befürchten Sie nun nicht, daß ich jetzt beginne, Raketen zu zählen. Die militärtechnischen Dinge sind zwar wichtig; dies aber im großen ganzen nur für die Fachleute. Die eigentlichen Probleme kann jeder verstehen. Sie wissen alle, daß wir seit dem Ende der 40er Jahre in einer Welt leben, in der man den „großen Krieg“ dadurch auszuschließen sucht, daß sich zwei Supermächte mit bestimmten Interessenzonen gegenüber stehen, die beide soweit gerüstet sind, daß sich für die andere der Angriff nicht lohnt. Kriege sind in den Gebieten möglich – und werden dort auch vielfach geführt – in denen noch keine bestimmten Interessensphären abgesteckt sind, denken Sie an Vietnam, Kambodscha oder Angola –, nicht aber dort, wo die Grenzen fest abgesteckt sind, wie in Europa – erinnern Sie sich an die Ereignisse in Ungarn, der Tschechoslowakei oder Polen. Die Verhinderung des großen Krieges setzt also Klarheit über die Zuordnung von Interessensphären voraus. Die einzige Situation, in der nach 1945 ein großer Krieg drohte, war daher ein Fall, in dem darüber Unklarheiten entstanden – nämlich in der sogenannten „Kuba-Krise“. Hier



hatten die Amerikaner zugelassen, daß Kuba kommunistisch wurde. Die Russen hätten nichts dagegen unternommen, wenn die Amerikaner dies wieder beseitigt hätten — wie die Amerikaner bei Ungarn etc. nichts unternahmen. Da die Amerikaner dies aber aus innenpolitischen Gründen nicht taten, wurde unklar, was damit „erlaubt“ wurde. Die Russen begannen, Raketen nach Kuba zu schicken, was Kennedy mit einem öffentlichen Ultimatum stoppte: Hier kommen Prestigefragen ins Spiel: die Lage wird explosiv. Der Friede wird also durch Unklarheiten in der Definition und Abgrenzung von Interessensphären bedroht.

Dasselbe ereignete sich im Rahmen der Carter-Wahlen im Hinblick auf Europa. Erinnern Sie sich zunächst, daß Carter im Wahlkampf ausführte, daß die Amerikaner nicht schießen würden, wenn die Russen nach Titos Tod in Jugoslawien einmarschieren würden. Ich habe die Reaktion auf diese Erklärungen in Jugoslawien erlebt. Carter wurde dann vom Senat gezwungen, nicht nur diese Erklärung zu widerrufen, sondern die Folgen dieser Erklärungen dadurch auszuräumen, daß die USA zum ersten Male seit 1945 Waffen an Jugoslawien lieferten — um so die Verhältnisse klarzustellen.

Die gleichen Unklarheiten ergaben sich im Verlauf der Carter'schen Politik aber auch im Gebiet Zentraleuropas. Sie wissen, daß der Fortschritt der Waffenentwicklung dazu führte, daß die Abschreckungspolitik von dem Prinzip des „großen Gegenschlags“ zur sog. „flexible response“ (bzw. der stufenweisen Eskalation) überging. Die Reaktion auf eine feindselige Maßnahme sollte nicht mehr sofort der Rückgriff auf die schweren Atomwaffen sein; man organisierte vielmehr eine Stufenleiter von den leichten zu den mittleren bis zu den schweren Waffen. Die USA beantworteten nun unter Carter in den 70er Jahren in Zentraleuropa eine starke regionale Atomrüstung im Gebiet der mittleren Waffen nicht mit einer Gegenaufrüstung, was zur Folge hatte, daß die Klarheit der Interessenabgrenzung in Zentraleuropa verwischt wurde. Erinnern Sie sich an die Diskussion einmal über die „Finnlandisierung“, zum andern über Eurokommunismus. Insbesondere in der Bundes-

republik, die auf Atomwaffen verzichtet hat, breitet sich das Gefühl aus, daß die Amerikaner auf Feindseligkeiten in Europa wohl nicht mit den Interkontinentalraketen antworten würden, die von der Gegenseite auch auf sie selbst gerichtet waren. Die Europäer verlangten daher — unter Vortritt des Bundeskanzlers Schmidt —, daß die Amerikaner dadurch für Klärung sorgten, daß sie in Europa mittlere Atomwaffen stationierten, um so jede Unklarheit in der Verteidigungspolitik auszuschließen.

Dabei kam es zu folgenschweren Problemen, vor denen wir heute noch stehen. Und das deshalb, weil diese Entwicklung notwendigerweise zu Widersprüchen zwischen der globalen und der regionalen Betrachtung führte: Global — im Verhältnis zwischen Rußland und Amerika — bestand und besteht nämlich ein Rüstungsgleich-

#### Unsere Autoren:

Professor Dr. Roman Herzog  
Dorotheenstraße 6  
7000 Stuttgart 1

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski  
Siegfriedstraße 11  
6905 Schriesheim

gewicht — nur regional (in Mitteleuropa) war ein Ungleichgewicht entstanden. Dieses regionale Ungleichgewicht kann nur durch Waffen beseitigt werden, die das globale Gleichgewicht zum Nachteil Rußlands verändern. Denn die Waffen, die in Europa installiert werden sollen, bedrohen auf der Stufe der mittleren Eskalation zwar Rußland, während die russische Aufrüstung in Europa Amerika nicht direkt bedroht. Man kann zwar darauf hinweisen, daß die Russen diese Lage durch ihre eigene Aufrüstung veranlaßt haben. Das beseitigt aber nicht die dadurch entstandenen Probleme. Man verband die „Nachrüstung“ daher auch sofort mit Abrüstungsvorschlägen.

Bevor ich jetzt auf die damit zusammenhängenden Abrüstungsprobleme eingehe, möchte ich hier schon hervorheben, daß die öffentliche Diskussion vielfach darunter leidet, daß der Gegensatz zwischen der globalen und der regionalen

Perspektive kaum beachtet wird — er leuchtet zwar in den Stellungnahmen der Militärs immer wieder auf, wird aber in der Öffentlichkeit nicht recht wahrgenommen. Dadurch kommt es zu unsinnigen Argumenten — einmal z.B. im Hinblick auf das Raketen zählen, bei dem alle Beteiligten mal von der einen, mal von der anderen Perspektive ausgehen — vor allen aber bei den Hinweisen auf seegestützte Systeme oder auf die englischen und französischen Waffen. Für die regionale Problematik, und nur diese betrifft der „Nachrüstungsbeschluß“, sind seegestützte Systeme oder die englischen oder französischen Waffen ohne Bedeutung; letztere, weil sie überwiegend ebenfalls seegestützt — und insofern unter globalen Aspekten von Bedeutung — sind und weil sie, soweit sie landgestützt sind, zwar Deutschland, aber nicht Rußland bedrohen. Andererseits ist klar, daß der geschilderte Gegensatz zwischen globalem Gleichgewicht und regionalem Ungleichgewicht nur eine Kompromißlösung zuläßt — also nicht durch „Zählen“ beantwortet werden kann, weil sich die Russen zu Recht auf die Verschlechterung ihrer Lage berufen. Von daher sind Aufforderungen (z. B. der EKD) an die Politiker, vom „schematischen Gleichgewichtsdenken“ abzugehen oder die englischen und französischen Waffen zu berücksichtigen, nur Schaulstellung und Schattenboxen. Sie sprechen Selbstverständlichkeiten an, benennen sie aber anders. Denn jeder Kompromiß wird der Sache nach die englischen oder französischen Waffen berücksichtigen, wird nicht schematisch zählen etc. — weil es immer um den Ausgleich geht. Unannehmbar (nicht für uns, wohl aber für Frankreich und England) sind jedoch formelle Verhandlungen der USA (für die NATO), die explizit (formell) die nationalen Waffen der Engländer und Franzosen zum Gegenstand haben. Schon dieses öffentliche Schattenboxen, das die Sachprobleme verschleiert und auf emotionale Zustimmung Unkundiger abstellt, ist für die Sicherung des Friedens nicht gerade förderlich. Noch unangenehmer ist aber, daß man den Zusammenhang zwischen Nachrüstung und Abrüstung aufhebt. Denn dies erschwert den Blick auf und vielleicht sogar die Möglichkeit von zukunftsweisenden

Entwicklungen oder schließt diese gar aus. Lassen Sie mich daher jetzt zur Verbindung von Nachrüstung und Abrüstung kommen – und damit auf die moralische Dimension des NATO-Doppelbeschlusses.

4. Ich habe dargestellt, daß die „Nachrüstung“ zwar einerseits unter regionalen Aspekten zur Sicherung des Friedens erforderlich ist – weil sie die Klarheit der Abgrenzung von Interessensphären in Zentraleuropa wieder herstellt: Die Diskussionen über Eurokommunismus und Finnlandisierung sind verstummt. Da die Nachrüstung infolge der geographischen Gegebenheiten aus der globalen Perspektive aber andererseits zu einer Verschlechterung der russischen Lage führt, haben hier – zunächst die Europäer, wieder unter Vortritt des Bundeskanzlers Schmidt, dann auch – die Amerikaner die Nachrüstung von vornherein mit Abrüstungsvorschlägen verbunden. Dies begründete zwar vorhersehbare eigene Schwierigkeiten. Denn wir hätten ohne diese Verbindung von Nachrüstung und Abrüstung die Umstellung schon längst ohne große Komplikationen hinter uns gebracht – auch ohne den Ausbruch eines Atomkrieges. Diese Verbindung von Nachrüstung und Abrüstung war aber insofern zukunftsweisend, als sie eine Chance wahrzunehmen sucht, die gerade die lebensbedrohenden Atomwaffen bieten, nämlich die Chance, die Abschreckungspolitik – jedenfalls teilweise – durch eine vertragliche Friedensordnung zu ersetzen. Um dies zu erläutern, muß ich etwas ausholen. Wir erinnern uns alle an die Nachrichten, die darauf hinweisen, daß nach den Analysen und Berechnungen der strategischen Institute der Ausbruch eines Atomkrieges heute wahrscheinlicher geworden ist als früher. Verantwortlich dafür sind einmal wafentechnische Entwicklungen – von der Abkürzung der Vorwarnzeiten über die größere Zielgenauigkeit, die Begrenzungen des sog. „fall out“ bis hin zur Militarisierung des Weltraums. In die Wahrscheinlichkeitsberechnungen gehen aber auch die ökonomischen Daten ein. Diese klaffen zwischen Ost und West seit den 60er Jahren immer stärker auseinander. Die ökonomische Fähigkeit Rußlands, im Rüstungswettlauf auf Dauer mitzuhalten, nimmt immer mehr ab.

Dies begründet einerseits eine höhere Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen, weil es im russischen Interesse liegt, wenn es möglich ist, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Diese ökonomische Entwicklung begründet andererseits aber auch das Interesse aller Beteiligten daran, den freien Wettbewerb der militärischen Abschreckung durch Abrüstungsvereinbarungen abzubrechen, die die heutigen Kräfteverhältnisse stabilisieren. Wir wissen alle, daß dieser Anlauf zu Abrüstungsvereinbarungen – der nicht der erste Versuch dieser Art ist – zunächst einen gewissen Erfolg darin hatte, daß man begann, in Genf zu verhandeln. Und wenn diese Verhandlungen auch zunächst gescheitert sind – was u. a. auch mit den geschilderten Widersprüchen zwischen globalen und regionalen Aspekten zusammenhängt – so haben sie doch für weitere Verhandlungen – auf die begründete Hoffnung besteht – Fortschritte gebracht. So haben die Russen in diesen Verhandlungen zum ersten Mal von Kontrollmöglichkeiten in ihrem eigenen Lande gesprochen – was sie bisher immer scharf abgelehnt haben. Dies ist jetzt unwiderruflicher Teil aller künftigen Abrüstungsverhandlungen, weil man hinter diesen Stand der Debatten nicht mehr zurück kann. Damit sind wir möglicherweise effektiven Abrüstungsverhandlungen einen Schritt näher gekommen – denn effektive Abrüstung ist nur mit „Kontrolle vor Ort“ denkbar.

5. Damit sind wir wieder bei den moralischen Aspekten der „Nachrüstung“. Ich weiß, daß viele – insbesondere junge – Leute über die erwähnten „kleinen Fortschritte“ lächeln werden. Man verlangt angesichts der großen Gefahren nach „großen Schritten“. Erinnern Sie sich aber bitte daran, daß verantwortliches Handeln in der Politik auf unserem heutigen Erkenntnis- und Erfahrungsstand aufbauen muß. Danach ändert sich die Welt nicht, wenn einzelne oder auch eine Masse von einzelnen (eine Bewegung) etwas fordert – wie laut diese Forderungen auch vorgebracht werden mögen. Bedeutsame Änderungen im menschlichen Zusammenleben ergeben sich vielmehr immer erst aus vielen kleinen praktischen Schritten. Wer daher aus der Politik der

„kleinen Schritte“ durch Verhandlungen aussteigen will, auf große Opfer und Vorleistungen setzt, mag zwar sein eigenes Gewissen beruhigen und seine Hände in Unschuld waschen – d. h. sich selbst zu rechtfertigen suchen. Dem Frieden dient er damit aber nicht. Nun hört man in diesem Zusammenhang immer wieder das Argument, daß alle Waffen, die entwickelt worden sind, schließlich auch eingesetzt werden (ein „Erfahrungssatz“). Das macht dann verständlich, daß man versucht, das Problem der Friedenssicherung dadurch zu lösen, daß man für die „Ächtung“ aller Atomwaffen eintritt. Es gibt viele, die dies zum „Glaubenssatz“ erheben wollen. Hieran ist auch soviel richtig, daß wir aus der menschlichen Geschichte keine Zeit ohne kriegerische Auseinandersetzung kennen. Und wenn wir aus dieser Gesetzmäßigkeit nicht herauskommen können, so laßt uns essen und trinken und fröhlich sein; denn morgen sind wir tot. Es widerspricht aber allem, was wir aus der Vergangenheit und der Gegenwart von uns Menschen wissen, daß wir aus dieser Gesetzmäßigkeit durch „guten Willen“, gute Vorsätze etc. herauskommen können. Wir sind keine „besseren Menschen“ als unsere Vorfahren. Wir werden aus dieser Gesetzmäßigkeit vielmehr nur herauskommen, wenn wir die neue Qualität der modernen Waffen benutzen – in Anspruch nehmen –, um zu neuen Formen der Friedenssicherung zu kommen. Es war nicht Mangel an gutem Willen, der immer wieder zu Kriegen führte.

Nebenbei sei bemerkt, daß auch eine vertragliche Friedensordnung, die die Abschreckungsstrategie ersetzt, wohl nicht dazu führen wird, daß die Großmächte alle Atomwaffen abschaffen – dies schon deshalb nicht, weil dann die Gefahr der „atomaren Erpressung“ z. B. durch Persien, Südafrika, Israel oder sogar die Maffia droht. Denn die Atomwaffen – und die Möglichkeit zu ihrer Herstellung und Verwendung – werden durch Verträge nicht „aus der Welt“ geschafft.

Wir haben auch bereits einige Erfahrungen mit der vertraglichen Beschränkung von „neuen“ Waffen – z. B. der Verwendung von Giftgas. Im vergangenen Krieg

haben alle Beteiligten Giftgas produziert; niemand hat es gegen den Gegner angewandt — u. a. weil dieser es auch hatte —. Wir haben Gas nur gegen die Juden eingesetzt, die keines hatten. Wir haben heute angesichts der Gefährlichkeit von Atomwaffen für alle Beteiligten die Chance, aus der Folge von Krieg auf Krieg herauszukommen. Man mag dabei bedenken, daß heute vor allem die Führungszentren persönlich vom Kriegsausbruch bedroht sind, was diszipliniert. Wir haben aber nur dann eine realistische Aussicht, diese Chance wahrzunehmen, wenn wir bei ihrer Verfolgung alle unsere Fähigkeiten und Erfahrungen in Anspruch nehmen — insbesondere die aus „privaten“ Verhandlungen: Danach tut man gut daran, dem anderen seinen eigenen Vorteil zu zeigen, ohne die eigenen Interessen zurückzustellen. (Wenn uns im Geschäftsleben jemand etwas „schenken“ will, haben wir immer Anlaß, besonders vorsichtig zu sein). Man muß im übrigen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der eigenen Aussagen und Forderungen ausschließen usw. Bei diesen Vertragsverhandlungen sind zudem technisch ungeheuer komplizierte Fragen zu lösen. Es liegt auf der Hand, daß derartige Verhandlungen — die eine Chance zum (zugegebenermaßen) äußerlichen Frieden und damit zur Erhaltung des Lebens geben, nur mit sehr langem Atem geführt werden können. Die erste moralische Anforderung ist hier die der Geduld. Verträge — nicht nur, aber vor al-

lem — zwischen Staaten werden im übrigen nur dann effektiv, wenn jeder der Beteiligten dabei „gewinnt“ (sein Interesse gewahrt sieht). Denken Sie nur an die Verhandlungen und Vereinbarungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Wer diese Umstände nicht beachtet — immer wieder „Vorleistungen“ etc. verlangt, verhindert das Zustandekommen von Vereinbarungen — wirkt objektiv friedensfeindlich: Der andere Verhandlungspartner wird — wie wir es auch im privaten Bereich erleben — dadurch veranlaßt abzuwarten, wieviel der andere noch nachgeben wird. Wer also für „Vorleistungen“ etc. eintritt, mag guten Willen beweisen, den Weg zum weltlichen — Frieden geht er nicht. Man sollte sich auch klar machen, was wir für die Abrüstung — und damit für die Erhaltung des Lebens — zahlen müssen. Es geht um die vertragliche Stabilisierung der heutigen Machtverhältnisse. Und das wirft gravierende ethische Fragen auf, die mit dem Schlagwort „lieber rot als tot“ angesprochen werden: Wir erwarten von anderen, z. B. den Polen und von unseren Landsleuten in Mitteldeutschland, daß sie dies bejahen. Andere mögen sich daran stoßen, daß man dies von ihnen in Hinblick auf andere Herrschaftsformen in Nicaragua, El Salvador oder Südafrika erwartet. Der Weg zum äußeren Frieden ist also ein dorniger Weg, auf dem wir noch manche Kröte zu schlucken haben werden. Wir können z. B. dankbar sein, daß ein „atomares Patt“ nicht bereits erreicht

wurde, als Hitler in Mitteleuropa herrschte — so daß der Frieden der Welt nur durch Duldung des Nationalsozialismus mit seinen KZs hätte erhalten werden können. Dennoch gibt es heute für den, der Leben erhalten will, keine andere Möglichkeit, als diesen Weg zu gehen.

Abschließend ist also festzuhalten: Der NATO-Doppelbeschluß hat einmal verteidigungspolitische Bedeutung (— sog. Nachrüstungsteil). Es geht bei ihm aber vor allem um einen Schritt auf dem Wege zu einer vertraglichen Friedensordnung. Beide Teile hängen untrennbar zusammen. Wer heute den Nachrüstungsteil fallen lassen will, trägt dazu bei, daß morgen kein (Verteidigungs-)Politiker mehr versuchen kann, durch (Nach-)Rüstung (die immer vorgenommen wird) die Abrüstung zu befördern. Wer jetzt den Nachrüstungsteil aufgibt, verhindert für die Zukunft den Fortschritt der Abrüstung — den Weg zu einer vertraglichen Friedensordnung. Dies ist der moralische Zusammenhang. Man dient nicht dem Frieden, sondern schadet ihm, wenn man die Zusammenhänge unserer Welt aus „gutem Willen“ außer acht läßt. Wer auf dem Weg zu — weltlichem — Frieden fortschreiten will, wird daher an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festhalten, um auf dem Weg zu einer vertraglichen Friedensordnung voranzukommen — aus moralischer und christlicher Verantwortung.

## Buchbesprechungen

„Kirchentagstaschenbuch — Hannover '83“, herausgegeben im Auftrag der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages von Carola Wolf; Kreuz Verlag, ca. 250 Seiten mit zahlreichen Fotos, kartoniert DM 11,80.

Das „Kirchentagstaschenbuch Hannover '83“ enthält die wichtigsten Texte vom Kirchentag, zusammenfassende Berichte und Reportagen. Schnell und zuverlässig informiert es über die zen-

tralen Themen des protestantischen Laientreffens, dessen Anziehungskraft insbesondere auf die Jugend unvermindert groß ist.

„Am großen Krieg ‚vorbeischleichen?“, Hermann Achminow, Europrisma-Verlag, Bonn, Hohe Straße 3, 304 Seiten, DM 29,80.

Unter dem Untertitel „Zur Friedensstrategie des Konservatismus“ versucht der Autor das emotionell geführte Friedensthema zu versachlichen und einen Beitrag zum Spannungsverhältnis zwischen Friedenssehnsucht und Verteidigung der Freiheit zu leisten. Sein Fazit lautet: Militärisches Gleichgewicht allein genügt nicht. Eine bessere Politik speziell im Bezug auf die Entwicklungsländer, bewußter Verzicht auf ihre Um-

modelung nach dem Muster der westdeutschen Demokratie und der Übergang zur Förderung von organisch gewachsenen demokratischen Lebensformen tut not. Achminow zeigt, daß ein bewußter und selbstbewußter Konservatismus der Menschheit helfen kann, an einem drohenden Krieg „vorbeizuschleichen“ und darüber hinaus der Humanität auch in der Politik Geltung zu verschaffen.

„Besinnung zum Friedenstiften“, Walther Bienert, Hänssler-Verlag, Neuhausen-Stuttgart, DM 5,80.

Bienert will mit seinem Buch zu den aufbrausenden Wogen der Friedensstreitigkeiten und der hochgepeitschten Emotionen ein Wort fairer und evange-

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Prof. Dr. Roman Herzog; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Rechtsanwalt Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,— DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn  
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

liumsbegründeter Orientierung sagen. Sein Beitrag hebt sich aus der Fülle vorliegender Friedens-Literatur ab. Den Stellenwert seiner Ausführungen definiert der Autor wie folgt: „Gut gemeinte und hintersinnige Friedensappelle, gut begründete und nicht orientierte überfluten den Bürger. Selbstgerechtigkeit und Geltungssucht, oft sogar Auftragsaktionen der Machtpolitik schimmern unverkennbar durch viele Friedensappelle hindurch. Die vorliegende Besinnung möchte deshalb der Sache des Friedens in Sachbesinnung auf christliches Friedensstiften dienen.“

„Weltfrieden durch Friedfertigkeit“,  
Manfred Hättich, Olzog Verlag, DM 9,80.

Der Professor für Politikwissenschaft an der Universität München und Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing versteht sein Buch als einen Appell an alle Gutgläubigen, die heutzutage der Meinung sind, man brauche selbst nur friedfertig zu sein und schon wäre man auf sicherem Wege zum Weltfrieden. Hättichs Schrift ist eine in klarem und einprägsamem Deutsch geschriebene Analyse der politischen Gegenwart soweit es um die Frage Krieg oder Frieden geht.

„Lebensdank“, Hans Graf von Lehn-  
dorff, Kreuz Verlag, ca. 320 Seiten,  
DM 28,—.

In schlichter, aber lebensnaher Sprache erschließt der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuches“ Kerntexte der Bibel und lädt den Leser ein, sich dadurch die Richtung zeigen zu lassen, die es einzuschlagen gilt, wenn wir Menschen werden wollen, „die wissen, was es bedeutet, Christus anzugehören und seine Mitarbeiter zu sein“.

## Aus unserer Arbeit

### Evangelischer Arbeitskreis Darmstadt: „Grüne sind nicht politikfähig“

Darmstadt: „Grüne sind nicht politikfähig“ stellte Pfarrer Christof Warnke (Bad Homburg) in einer Veranstaltung des EAK Darmstadt, vor den zahlreich erschienenen Kirchenvorstehern, Pfarrern und Gemeindegliedern des Dekanats fest. Warnke, der auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU sprach, befand, daß die mangelnde Politikfähigkeit der durchaus buntscheckigen Grünen ihre Ursache im falschen Verständnis der Schöpfung habe. Konservative Ökoutopisten (auch Wertkonservative genannt) sähen im kulturellen Fortschritt die Entfernung vom Urbild, zu dem sie zurück wollten. Dies führe zum Ausstieg aus der Gesellschaft. Die Ökomarxisten um Bahro definierten die ökologische Krise als Ergebnis des Klassenkampfes. Ihr Streben zum Zurück in eine Welt ohne Widersprüche müsse scheitern, da sich die Geschichte nicht im Kreise, sondern nach vorn bewege. Die Richtung der Anthroposophen verkenne, daß der Mensch nicht nur im Geistigen, sondern auch im Materiellen in Harmonie zu Gott stehe. Demgegenüber gehe das heutige christliche Verständnis der Schöpfung davon aus, daß es immer nur diese Welt gegeben habe, die ihr

Sein allein Gott verdanke. Dem in diese Welt eingebetteten Menschen komme in seiner Ebenbildlichkeit Gottes die herausragende Rolle zu, für diese Welt mit ihren Pflanzen und Tieren zu arbeiten, sie zu erhalten und fortzuentwickeln. In der engagiert geführten Diskussion widersprach Warnke den Vertretern der Grünen, Dr. Ruhemann und Weindorf, darin, daß das sogenannte kapitalistische Wirtschaftssystem die Umweltkrise verursacht habe und nicht fähig sei, Umweltschutz zu leisten. Der Ost-West-Vergleich beweise das Gegenteil. Das Überbewerten des unbearbeiteten Zustands der Natur sei höchst unpolitisch. Wer wie Jörg Zink oder Pfarrer Brückner zu den Grünen als einer Missionsgesellschaft gehe, werde im notwendigen Versuch, die Symbiose von Politik, Wissenschaft und Technik zu schaffen, scheitern.

EAK-Vorsitzender Michael Bergmann sah die Ausführungen Warnkes als gut lutherisch gedacht an und schloß mit dem Luther-Wort: „Wer Gott erkennt, der erkennt auch die Kreatur, versteht sie und hat sie lieb. Denn in der Kreatur sind die Fußstapfen der Gottheit.“

### Freiheit „über Kopf gewachsen“

Oldenburg: Christliche Freiheit war der Kernpunkt eines Vortrags von

Pfarrer Rittner vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU. Rittner maß der christlichen Freiheit existenziellere Bedeutung zu als etwa der politischen Freiheit. In einer Krise übermäßiger Freiheit, die sich in der Zerstörung der Lebensgrundlagen selbst aufzuheben drohe, sei es notwendig, sich wieder auf den dialektischen Zusammenhang von Freiheit und freiwilligem Dienen zu besinnen. Der Pädagogik sei die Freiheit „über den Kopf gewachsen“, bei Freiheitskämpfen höre die Theologie auf. Freiheit sei immer lebensbezogen, nie nur formal sinnvoll. Sonst komme es zu der von Hegel zitierten „Raserei der Negation“. Luther dagegen fordere den „Christenmenschen“, der in handelnder Liebe seine Erfahrungen frei dienend dem Nächsten zuwendet. Emanzipation, Mitbestimmung, politische Befreiung, persönliche Libertinage blieben dagegen Mißverständnisse anderer Kategorie.

Allen Lesern der  
„Evangelischen Verantwortung“  
wünschen wir  
eine gesegnete Weihnacht  
und ein glückliches neues Jahr